

WC-Haus für Muotaplatz geplant

Brunnen Die Gemeinde Ingenbohl plant eine Aufwertung des Muotaplatzes. Ein aktuelles Baugesuch sieht neben einem neuen Oberflächenbelag auch den Bau eines Toilettenhauses vor. Das geht aus einem Baugesuch im jüngsten Amtsblatt hervor. Die Gemeinde Ingenbohl will das Areal beim Schützenhaus modernisieren. Auch, weil nebenan derzeit die neue Freizeitanlage für Kinder und Jugendliche gebaut wird. Der Platz wird zudem auch als Stellplatz für Wohnmobile und als Parkplatz genutzt. (eg)

Modernisierung des Stromnetzes

Muotathal Das Elektrizitätswerk des Bezirks Schwyz (EBS) plant einen umfassenden Ersatz der bestehenden 50-Kilovolt-Leitung. Der «Bote» berichtete bereits über die erste Etappe im Sahli. Die EBS Energie AG hat nun beim Eidgenössischen Starkstrominspektorat (Esti) das offizielle Plangenehmigungsgesuch für eine bedeutende weitere Etappe eingereicht. Betroffen sind die Gemeinden Muotathal und Schwyz. Kern des Vorhabens ist der komplette Rückbau der bestehenden Freileitung zwischen den Unterwerken Hinterthal und Wernisberg. Sie führt derzeit über zahlreiche Fluren wie Fugglen, Hürital und durch ökologisch sensible Gebiete, darunter ein Auengebiet von nationaler Bedeutung. Als Ersatz ist der Bau einer neuen Freileitung vorgesehen, die jedoch an drei Abschnitten unterirdisch als Kabel geführt wird. Die Linienführung wird im Vergleich zum Bestand grösstenteils verändert. Die neue Trasse quert unter anderem eine Standseilbahn und berücksichtigt überregionale Wildtierkorridore sowie Gewässerschutzzonen. Da das Projekt teilweise in kommunalen Schutzgebieten und ausserhalb der Bauzone liegt, waren umfangreiche Abklärungen zur Umweltverträglichkeit notwendig. Mit dieser Investition will die EBS Energie AG die Versorgungssicherheit in der Region langfristig stärken und gleichzeitig die Belastung der Landschaft durch eine modernisierte Wegführung optimieren. (eg)

«Zuerst müssen Prioritäten bei den Ausgaben geändert werden»

Der Vorschlag zur Erhöhung der Mehrwertsteuer stösst bei den Schwyzer FDP- und SVP-Parlamentarier auf Kritik. Mitte-Nationalrat Dominik Blunschy leistet hingegen Rückendeckung für seinen Bundesrat.



Der Goldauer FDP-Nationalrat Heinz Theiler (von links) und der SVP-Schweiz-Chef Marcel Dettling (Unteriberg) fordern vom Bund Sparmassnahmen, bevor die Mehrwertsteuer angezapft wird. Der Ibächler Mitte-Nationalrat Dominik Blunschy sieht den Vorschlag als «faireste Variante».

Bilder: Keystone

Damian Bürgi

Etappensieg für den Zuger Mitte-Bundesrat Martin Pfister: Am Mittwoch verkündete er mit sichtlicher Freude, dass der Gesamtbundesrat eine Mehrwertsteuer-Erhöhung um 0,8 Prozent anstrebe. Diese soll auf zehn Jahre befristet sein, um die Finanzierung zur Stärkung der Landessicherheit zu gewährleisten. Ab 2028 braucht die Schweiz laut dem Bundesrat dafür rund 31 Milliarden Franken. Der Schritt ist sicher ein Zeichen für Sicherheit in der sich verschlechternden weltweiten Bedrohungslage, gleichzeitig müsste die Stimmbevölkerung aber auch tiefer ins Portemonnaie greifen. Und diese wird wohl im Sommer 2027 darüber abstimmen können, nachdem der Vorschlag (voraussichtlich) im kommenden Winter im Parlament beraten wird. Aus der eigenen Partei erhielt Pfister nach Ankündigung der Mehrwertsteuer-Erhöhung Rückendeckung, von den anderen Parteien setzte es Kritik ab. **Angriff von rechts: «Prioritäten sind falsch gesetzt»** Bei den Schwyzer Politikern im Nationalrat tönt das nicht anders. Mitte-Na-

tionalrat Dominik Blunschy (Ibach) begrüsst den Vorschlag, er sieht die Notwendigkeit zur Finanzierung der eigenen Sicherheit angezeigt, und für ihn ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer «die faireste Variante». Sowohl SVP-Chef Marcel Dettling (Unteriberg) als auch der Goldauer FDP-Nationalrat Heinz Theiler hingegen kritisieren, dass der Bund Steuererhöhungen beschliessen will, während er selbst «Geld auf alle Seiten verteilt». «Es ist ernüchternd, zu sehen, dass der Bund für 2026 rund 5 Prozent höhere Ausgaben von knapp 91 Milliarden

Franken budgetiert, und man gleichzeitig sieht, wie viel Potenzial zum Sparen vorhanden wäre», sagt Theiler. **«Nur mit Sparen ist das nicht zu erreichen»** «Entwicklungshilfe, Asylwesen, Sozialwesen und vor allem beim eigenen Personal: Überall steigen die Ausgaben, es ist endlich Zeit, dass hier die Stellschrauben frisch gestellt werden», poltert Marcel Dettling. Für beide bürgerlichen Politiker ist klar: Die Prioritäten bei den Ausgaben seien falsch gesetzt, und bevor der Bund hier nicht über die Bücher gehe, habe die Vorlage

vor dem Stimmvolk ohnehin keine Chance. Dominik Blunschy entgegnet, dass man mit dem Entlastungspaket 2027 derzeit genau an diesem Thema arbeite. Dieses sieht nach der jüngsten Beratung im Ständerat Sparziele beim Bund von 1,8 Milliarden im Jahr 2027 und in den beiden Folgejahren von je 2,4 Milliarden Franken vor. «Bei den Armeeausgaben sprechen wir von einer Finanzierung von 31 Milliarden Franken. Nur mit Sparen ist das nicht zu erreichen», so Blunschy. Zum Thema Sparen bringt Theiler den Vorschlag ins Spiel, dass sich FDP, SVP und Mitte für den berühmten «bürgerlichen Schulterschluss» an einen runden Tisch setzen. Dafür zeigen sich Blunschy und Dettling offen, der SVP-Schweiz-Präsident ergänzt aber, dass seine Partei hier schon «oft genug die Hand gereicht hat, es fehlt den Politikern in der Finanzkommission aber an Kraft, die Leute aus der eigenen Partei für griffige Sparmassnahmen zu mobilisieren». Einig sind sich hingegen alle drei, dass zusätzliche finanzielle Mittel für die Armee und die Sicherheit im Land angezeigt sind.

Bundessteuer statt Mehrwertsteuer anzapfen?

Die Mehrwertsteuer wird gerne auch als «Goldesel» bezeichnet – sind höhere Ausgaben vorgesehen, zapft der Bund meist diese Steuer an, wie es auch für die Finanzierung der 13. AHV-Rente im Raum steht. Eine andere Möglichkeit wäre eine Erhöhung der Bundessteuer, welche ans Einkommen geknüpft ist und vor allem Besserverdienende treffen würde.

Die Schwyzer Parlamentarier winken bei dieser Idee aber ab. Für sie wäre eine Finanzierung über die Mehrwertsteuer die fairste und transparenteste Lösung, da alle Bevölkerungsschichten wie auch die Wirtschaft sie mitfinanzieren und auch alle von mehr Sicherheit profitieren würden, während bei der Bundessteuer nur ein Teil der Bevölkerung diese bezahle. (dabu)

Schwyz in den Top Ten der innovativsten Kantone

Zug ist der innovativste Kanton der Schweiz. Schwyz ist auf Rang neun und punktet vor allem mit Umfeld und Unternehmertum.

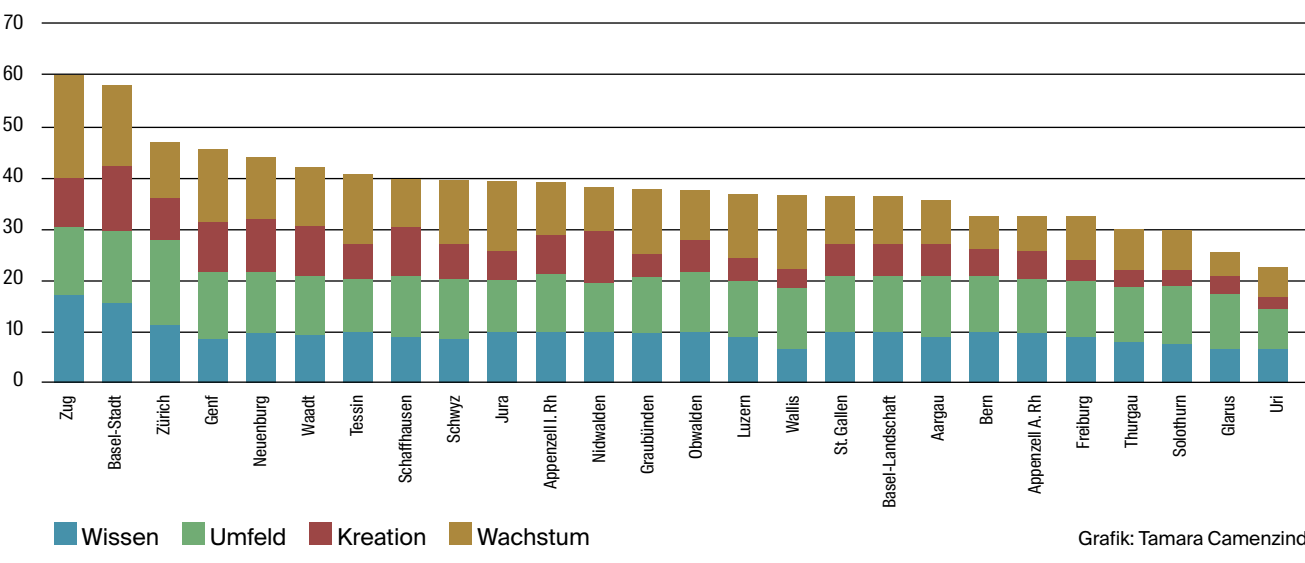
Petra Imsand

Der Kanton Schwyz schneidet im aktuellen Kantonalen Innovations- und Kreativitätsindex (Kiki) stark ab. Im schweizweiten Vergleich belegt er Rang neun, gehört damit zur Spitzengruppe und macht gegenüber der letzten Erhebung sogar zwei Plätze gut. Der Kanton Zug verteidigt seine Spitzenposition. Wie bereits im Vorjahr belegen Basel-Stadt und Zürich die weiteren Podestplätze. Während Zug seine Spitzenposition durch exzellente Werte bei Unternehmensgründungen und Wirtschaftswachstum festigt, besticht Basel-Stadt durch eine herausragende Performance als Kulturmetropole. Zürich wiederum überzeugt mit sehr soliden Werten über fast alle Dimensionen hinweg.

Steuerliche Bedingungen sind top

Der Kanton Schwyz wiederum schneidet besonders gut in den Bereichen

Rangliste der Kantone



Grafik: Tamara Camenzind

Umfeld sowie Unternehmen und Start-ups ab. Ein ausschlaggebender Punkt ist das Beschäftigungswachstum in

wachstumsstarken Unternehmen. «Firmen, welche im Kanton Schwyz wachsen, die wachsen wirklich. Daraus

schliessen wir, dass sie auch innovativ sein müssen», sagt der Studienautor Christoph Hauser auf Anfrage. Bei der

Säule «Unternehmen und Start-ups» belegt Schwyz hinter Zug Platz zwei. Wenig überraschend: Bezüglich Steuern holt der Kanton Schwyz die volle Punktzahl. «Die steuerlichen Bedingungen sind top für Innovation im Kanton Schwyz», betont Hauser.

Zentralschweiz als Technologieregion

Im regionalen Vergleich zeigt sich die Zentralschweiz insgesamt stark technologieorientiert. Während Zug erneut schweizweit an der Spitze liegt, profitiert Nidwalden (Rang 12) von global tätigen Industrieunternehmen und erreicht Spitzenwerte bei Patenten, Marken und Designs. Obwalden (Rang 14) überzeugt gemäss Mitteilung mit hoher Forschungsintensität. Der Kanton Luzern (Platz 15) verbucht dank verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen deutliche Gewinne im Bereich Umfeld und gehört bei Bildung und Bildungserfolg zu den besten.